

Einladung Informationsveranstaltung und Podiumsdiskussion

Nach dem Besoldungsurteil des Bundesverfassungsgerichts: Was war bisher? Wie geht es weiter?

Mittwoch, 21. Januar 2026, 17:30 Uhr

im Rathaus Tiergarten (BVV-Saal)

Mathilde-Jacob-Platz 1 (Turmstraße), 10551 Berlin

Einführung:

Marek Much

- Vorsitzender der Berliner Verwaltungsjuristen

Grußwort:

Stefanie Remlinger

- Bezirksbürgermeisterin des Bezirks Mitte

Referenten:

Univ.-Prof.

Dr. Thorsten Ingo Schmidt

- Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Staatsrecht, Verwaltungs-, Kommunal- und Finanzrecht, Universität Potsdam

Dr. Joachim Vetter

- Senatsdirigent a.D.

NN

- Senatsverwaltung für Finanzen (angefragt)

Moderation:

Dr. Bettina Brunst

- Ltd. Magistratsdirektorin, Leiterin des Rechtsamtes Mitte

Mit Beschluss vom 17.09.2025 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Besoldung der Berliner Landesbeamten (Besoldungsordnung A) im Zeitraum von 2008 bis 2020 weit überwiegend verfassungswidrig ist.

Das Gericht hat dabei festgestellt, dass rund 95% der geprüften Besoldungsgruppen der A-Besoldung in den Jahren 2008 bis 2020 mit dem Alimentationsprinzip aus Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz unvereinbar sind. Nunmehr muss das Abgeordnetenhaus von Berlin bis zum 31. März 2027 verfassungskonforme Regelungen treffen.

Obwohl eine Entscheidung in diese Richtung zu erwarten war, hat der Beschluss besonders in seiner Klarheit und damit auch in seiner Tragweite überrascht.

Wir werden das weitere Verfahren, besonders die erforderliche Umsetzung der Vorgaben des Verfassungsgerichts, kritisch begleiten.

Mit unserer Veranstaltung wollen wir hierzu die Grundlage schaffen und allen Betroffenen zugleich die Möglichkeit bieten, sich umfassend zu informieren.

Der Vorstand